



Ausgabe 3/2015

- Ein historischer Tag

Seite 2

- Deutschland als Einwanderungsland gestalten

Seite 3

- Wir ziehen die Mietpreisbremse

Seite 4

- Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Seite 5

- Freihandel: ja. Aber nicht um jeden Preis!

Seite 6

- Weitere finanzielle Entlastungen der Kommunen durch den Bund

Seite 7

- Veranstaltungen im Wahlkreis

Seite 8

Weitere Informationen finden Sie auch auf meiner Internetseite:



www.guelistan-yueksel.de



Oder auf Facebook:



Gülistan Yüksel -
Miteinander.
Für Deutschland.



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie,

am 06. März konnten wir einen historischen Tag im Parlament erleben: Die Frauenquote ist umgesetzt worden. Die Quote ist eine Frage der Gerechtigkeit! Jedes Jahr nutzen wir das Potential der gut ausgebildeten und hochqualifizierten Frauen nicht aus.

Die SPD-Fraktion hat diese Woche ein Positionspapier für ein künftiges Einwanderungsgesetz vorgestellt, um auch dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Insbesondere wenn wir bedenken, dass in Deutschland seit Jahren ein Fachkräftemangel herrscht, der durch die demografischen Trends noch deutlicher zu Tage treten wird. Wir brauchen alle in Deutschland lebenden Menschen, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben.

Darüber hinaus habe ich meine vierte Rede im Bundestag gehalten. Diesmal zu dem Thema: „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“. Diesen Kindern muss der höchstmögliche Schutz zu Gute kommen. Darum müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst und die Kommunen bei ihrer wichtigen Aufgabe unterstützt werden. Unser aller Ziel muss es sein, das Wohl der Kinder in Deutschland zu gewährleisten. Das Wohl aller Kinder in Deutschland. Egal, ob sie hier geboren wurden, zugewandert sind, oder auf der Flucht vor Krieg und Armut zu uns gekommen sind.

Herzlichst, Eure

Gülistan Yüksel

„Ein historischer Tag“

Bundestag beschließt Gesetz zur Frauenquote

Der Deutsche Bundestag hat am 06.03.2015 das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst beschlossen. Das gemeinsam von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz vorgelegte Gesetz hat das Ziel, den Anteil von Frauen in den Führungsgremien von Wirtschaft und Verwaltung wesentlich zu erhöhen. Die Einführung einer gesetzlichen Quote ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu tatsächlicher Chancengleichheit von Frauen und Männern und wird zu einem Kulturwandel in der Arbeitswelt beitragen.



Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig konstatierte dazu: “Der Kulturwandel hat begonnen. Das Gesetz wird nicht nur für Frauen in Führungsgremien wirken. Es wird für alle Frauen wirken, die in den Unternehmen und im öffentlichen Dienst arbeiten. Die feste Frauenquote gilt für große Unternehmen, und damit für viele, viele Frauen, die dort beschäftigt sind. Die Widerstände gegen dieses Gesetz machen die Widerstände sichtbar, die jede Frau im Arbeitsalltag überwinden muss. Er hat gezeigt, dass wir für Frauenrechte kämpfen müssen. Veränderung kommt nicht von allein.”



Bundesjustizminister Heiko Maas stimmt zu: “Die Frauenquote ist der größte Beitrag zur Gleichberechtigung seit Einführung des Frauenwahlrechts. Nach der politischen Macht bekommen Frauen endlich einen fairen Anteil an wirtschaftlicher Macht. Den Vorwand, es gäbe nicht genug qualifizierte Frauen, lassen wir nicht gelten.

Denn: Noch nie waren so viele Frauen so gut ausgebildet wie heute. Deshalb bin ich sicher, dass am Ende kein einziger Sitz in den Aufsichtsräten frei bleiben wird. Frauen sind ein Gewinn für die Wirtschaft. Mit der Quote geben wir den Anstoß zu einem notwendigen Kulturwandel in Deutschlands Unternehmen. Die Quote wird Strukturen aufbrechen und Frauen auf allen Ebenen zu Gute kommen. Die Quote ist ein Meilenstein für die Gleichberechtigung.”

„Deutschland als Einwanderungsland gestalten“

Warum wir ein Einwanderungsgesetz brauchen

Schon heute ist abzusehen, dass in Deutschland innerhalb der nächsten 10 Jahre bis zu 7 Millionen Menschen in Rente gehen werden und unsere berufstätige Bevölkerung effektiv schrumpft. Stellen wir diese Zahlen den aktuellen Geburtenraten gegenüber wird deutlich, dass dieses Problem nicht „intern“ gelöst werden kann.

Ein gesteuerter Zufluss von qualifizierten Migrantinnen und Migranten ist daher zwingend notwendig, wenn wir den aktuellen Fachkräftemangel nicht noch verstärken möchten. Nach Beratungen in der AG Migration und Integration, in der ich stellvertretende Sprecherin bin, hat SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann ein Positionspapier vorgelegt, das neue Kriterien für die Einwanderung festlegen soll.



Wir können die demografischen Änderungen nur meistern, „wenn es uns gelingt, die Einwanderung annähernd auf dem Niveau der letzten Jahre zu halten“, so Oppermann. Vorrangiges Ziel der deutschen Sozialdemokratie ist es, die in Deutschland lebenden Arbeitskräfte besser zu mobilisieren und zu qualifizieren. Gleichzeitig müssen wir aber auch bessere Rahmenbedingungen für die Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland schaffen. Entscheidend ist: Hier gibt es kein „Entweder-oder“. Beides ist notwendig.

Deutschland ist auf die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Mit klaren Zugangskriterien lässt sich der Zuzug von qualifizierten Einwanderern abhängig von der Situation am deutschen Arbeitsmarkt steuern. Das vorgeschlagene Punktesystem soll beruflich hochqualifizierten Ausländern die Übersiedlung nach Deutschland einfacher machen.

Deutschland profitiert derzeit von einer hohen Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus der EU. Wenn sich die Beschäftigungslage im Süden Europas verbessert, wird der Zuzug aus diesen Ländern abnehmen. Es kommt daher darauf an, dass wir uns erfolgreich um qualifizierte Einwanderer aus Drittstaaten (Nicht-EU-Staaten) bemühen.



Kurz und Knapp

„Wir ziehen die Mietpreisbremse“

Guter Tag für Mieterinnen und Mieter: Der Bundestag hat die Mietpreisbremse und das Bestellerprinzip im Maklerrecht beschlossen. Die SPD handelt und sorgt dafür, dass Wohnen bezahlbar bleibt. Dank der Mietpreisbremse darf die neue Miete höchstens 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Neubauten sind ausgenommen, damit auch in Zukunft in neue Wohnungen investiert wird. Außerdem gilt für Maklergebühren mit dem neuen Gesetz: „Wer bestellt, zahlt!“. Wer den Makler beauftragt, muss auch sein Honorar begleichen. In der Regel also der Vermieter.

So bleibt Wohnraum bezahlbar!



Neues aus dem Ausschuss

„Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“

Letzte Woche (05.03.2015) habe ich eine Rede anlässlich eines Antrags der Fraktion „Die Linke“ zum Thema „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ gehalten.



Das Thema wird derzeit heiß diskutiert. Bedingt durch die aktuellen Kriege und Konflikte kommen viele Kinder und Jugendliche ohne ihre Eltern zu uns. Was diese Kinder auf ihrer Reise erlebt haben, kann man sich nicht vorstellen. Manche wurden von den Eltern Schleppern anvertraut, oder alleine losgeschickt, in der Hoffnung, dass es Ihnen in der Ferne besser geht. Manche wurden gewaltsam

vertrieben, haben ihre Familie auf dem Weg verloren und sind nun auf sich alleine gestellt. Viele sind traumatisiert von dem Elend und der Gewalt, die sie auf ihrer Reise miterlebt haben. Oft waren sie monatelang unterwegs, mit vielen Zwischenstationen entlang des europäischen Schengen-Raums und finden sich nun alleine in einem Land wieder, wo sie weder Kultur noch Sprache kennen.

Angesichts dieser Situation muss also klar sein, dass wir uns über alle parteipolitischen Grenzen hinweg geschlossen für das Wohl dieser Kinder einsetzen müssen. Dazu gehört auch, neben der fachgerechten Betreuung und Unterbringung, den Kindern und Jugendlichen Perspektiven zu bieten um sich weiter zu entwickeln und sich in die Gesellschaft einzugliedern. Wir müssen also sicherstellen, dass die Kinder auch in Deutschland zur Schule gehen können, oder eine Ausbildung beginnen können.

Das Familienministerium erarbeitet daher zurzeit einen Gesetzentwurf zur Behebung der bestehenden Missstände. Es gilt dabei in erster Linie das Kindeswohl zu beachten, aber auch die Bedenken der Kommunen ernst zu nehmen und diese bei der Bewältigung ihrer wichtigen Aufgabe zu unterstützen.

Unter <http://www.guelistan-yueksel.de/> könnt Ihr Euch die Rede noch einmal anschauen.

„Freihandel: ja. Aber nicht um jeden Preis!“

Konferenz zu TTIP und CETA im Willy Brandt Haus

Das Thema TTIP polarisiert. Die Diskussion um die transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA wird leidenschaftlich geführt und es gibt Sorgen und Bedenken. Kritiker fürchten Arbeitnehmerrechte, Verbraucher- und Umweltschutzstandards oder rechtstaatliche Verfahren und Prinzipien, die sich in Europa bewährt haben könnten durch die Abkommen aufgeweicht werden. Auch bei der großen SPD-Freihandelskonferenz im Berliner Willy-Brandt-Haus am 23.



Februar 2015 wurde gefragt: Was sind die Chancen von TTIP und CETA, wo sind die Risiken?

Dazu gab es auch für Interessierte die Gelegenheit sich online zu beteiligen. Über 9.000 Menschen verfolgten die Veranstaltung im SPD-Livestream, 150.000 diskutierten auf

Twitter. Das Interesse ist riesig - und die SPD diskutiert öffentlich.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel warnte davor, CETA oder TTIP kategorisch abzulehnen. Dies sei nicht zweckführend. TTIP biete auch die Chance, den zukünftigen Welthandel auf eine solide Basis zu stellen, so Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, denn in den Verträgen werden hohe Standards angepeilt. Bei einem Scheitern würde nicht der Prozess zum Stillstand kommen, sondern vielmehr würden die Standards von anderen Ländern gesetzt. In Folge hätte es Europa deutlich schwerer, die eigenen Forderungen durchzusetzen.

Auch zu den umstrittenen Schiedsgerichten hat die SPD einen konkreten Vorschlag. Im Vorfeld wurde ein Konzept erarbeitet, dass die Möglichkeit unterbinden soll, nationale Gesetze auszuhebeln. Statt der privaten Schiedsgerichte soll ein internationaler Handelsgerichtshof mit neutralen Richtern im Streitfall entscheiden.

Martin Schulz, Präsident des Europaparlaments, gab sich optimistisch: „CETA ist noch nicht unterschrieben. Darum kann es auch noch verbessert werden.“ Er forderte deshalb qualifizierte Vorschläge von der Kommission. „Freihandel: ja. Aber nicht um jeden Preis“, so sahen es die Teilnehmer der Konferenz im Willy-Brandt-Haus. Und: „Wer nicht verhandelt, hat schon verloren“, wie es Parteichef Gabriel formulierte.

Kommunen dürfen vom Bund nicht alleine gelassen werden

Weitere finanzielle Entlastungen der Kommunen

Die Koalitionsparteien haben sich auf die Verteilung ihres Zehn-Milliarden-Investitionsprogramms und weitere finanzielle Entlastungen der Kommunen geeinigt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich wieder als verlässlicher Partner der Städte und Gemeinden erwiesen.

NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion



Die Union hätte die im Koalitionsvertrag vereinbarte finanzielle Entlastung am liebsten weit in die Zukunft verschoben! Wir als SPD Bundestagsfraktion und NRW Landesgruppe halten aber an unserer zentralen Forderung nach einer wirksamen Entlastung der Kommunen noch in dieser Legislaturperiode fest.

Für 2015 und 2016 hatten wir als SPD bereits im vergangenen Jahr eine kommunale Entlastung von jeweils einer Milliarde Euro durchgesetzt. Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU/CSU haben sich nun mit Bundesfinanzminister Schäuble auf eine zusätzliche Unterstützung um 1,5 Milliarden für 2017 geeinigt. Darüber hinaus wird ein kommunaler Investitionsfonds von 3,5 Milliarden Euro in den Jahren 2015 bis 2018 aufgelegt, der insbesondere finanzschwachen Städten und Gemeinden zugutekommen soll.

Unter dem Strich erhalten die Kommunen damit in den nächsten Jahren fünf Milliarden Euro mehr vom Bund. Durch diese Hilfen soll die Handlungsfähigkeit der Kommunen unter allen Umständen bewahrt werden. Darum freue ich mich, dass die angekündigten finanziellen Entlastungen nun Gestalt annehmen. Dringend erforderliche Zukunftsinvestitionen müssen damit nicht mehr die lange Bank geschoben werden. Weitere Finanzhilfen des Bundes sind nicht ausgeschlossen. Insbesondere die anhaltend hohen Flüchtlingszahlen stellen viele Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen. Dies gilt auch für Mönchengladbach.

Die von der Bundesregierung gewährten Soforthilfen von 500 Millionen Euro in den Jahren 2015 und 2016 sind ein erster, wichtiger Schritt. Ich beobachte aber mit Sorge, dass die Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung Aufgaben übernehmen, für die sie weder verantwortlich noch ausgestattet sind. Daher setze ich mich für die vollständige Übernahme der Unterbringungs- und Betreuungskosten von Flüchtlingen durch den Bund ein.

Veranstaltungen im Wahlkreis

„Neumitgliederempfang“



Am 1. März durfte ich gemeinsam mit unserem Landtagsabgeordneten Hans-Willi Körfges und unserem Fraktionsvorsitzenden Felix Heinrichs sowie der Bildungsbeauftragten Uschi Schiffer und für die Geschäftsstelle des Unterbezirks Helga Klump 15 neue Genossinnen und Genossen zum Neumitgliederempfang begrüßen.

Ich habe mich sehr über den Austausch mit den vielen neuen Mitgliedern gefreut. Herzlich Willkommen und auf gute Zusammenarbeit!

„Vietnamesisches Neujahrsfest“



„Chuc Mung Nam Moi“ lautet der vietnamesische Neujahrsgruß! Am 28. Februar lud die vietnamesische Gemeinde Mönchengladbach zum traditionellen Neujahrsfest in die Krahnendonkhalle. Ich bin dankbar, dass ich auch in diesem Jahr wieder mit dabei sein konnte und meine Neujahrsgrüße an die rund 1.000 Anwesenden richten durfte. Die etwa 2.000 in Mönchengladbach lebenden Vietnamesen



gehören inzwischen fest zu unserer Gemeinde, legen aber dennoch Wert darauf, ihre kulturellen Wurzeln nicht zu vergessen. Ich denke, dies ist ein Paradebeispiel für gelungene Integration.

Impressum

V.i.S.d.P.: Gülistan Yüksel, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel: 030 / 227 73553

guelistan.yueksel@bundestag.de | www.guelistan-yueksel.de

© 2015 | Gülistan Yüksel MdB

Redaktion und Layout: Tobias Paszek & Benedikt Dams | Redaktionelle Mitarbeit: Judith Aßmann

Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, möchten wir Sie bitten, uns Ihre Newsletter-Abmeldung per E-Mail mitzuteilen. Anschließend wird Ihre E-Mail-Adresse aus dem Verteiler gelöscht.